

In vielen Bilanzen tickt eine Zeitbombe

Viele Firmen klagen über die Last steigender Pensionsrückstellungen.

Paulgerd Kolvenbach

Düsseldorf

Die steigenden Pensionslasten durch die niedrigen Zinsen werden für immer mehr Mittelständler zum ersten Problem. Seit Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes hängt die Höhe der Pensionsrückstellungen vom HGB (Handelsgesetzbuch)-Rechnungszins ab, der sich aus der durchschnittlichen Marktrendite erstklassiger Unternehmensanleihen der letzten sieben Jahre ableitet.

Die niedrigen Kapitalmarktzinsen kommen daher erst jetzt, mit einer gewissen Verzögerung bei den Unternehmen an - dafür aber verstärkt: Für ihre Pensionsverpflichtungen sind immer höhere Rückla-

gen notwendig. Für die steuerliche Bilanzierung gilt jedoch weiterhin ein Zins von sechs Prozent. Die Folge: Die Unternehmen müssen Scheingewinne versteuern und werden dadurch doppelt belastet.

Inzwischen hat auch die Politik das Risiko erkannt. Aktuell favorisiert sie eine Ausweitung des Glättungszeitraums für den HGB-Zins von sieben auf zwölf oder 15 Jahre. Stagnieren die Märkte allerdings weiterhin auf so niedrigem Niveau, wäre eine Ausweitung nur eine Verschiebung der Belastungen auf spätere Jahre.

Als weitere Alternative wird eine Verteilung der Zusatzbelastungen aus der Zinsänderung über 15 Jahre diskutiert. Erträge aus diesen Erleichterungen sollen einer zusätzlichen Ausschüttungssperre unterlie-

gen. All dies ist bisher nicht konkret genug, um das mögliche Entlastungspotenzial für die deutschen Unternehmen abschätzen zu können.

Besonders interessant sind Änderungen der Regierung, nach der sie die Regeln des Paragraphen 6a des

6 %

ist der Rechnungszins für die steuerliche Bilanzierung der Pensionsrückstellungen.

Quelle: Einkommensteuergesetz

Einkommensteuergesetzes für die steuerliche Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen überprüfen will. Doch ob diese Überlegungen Aussicht auf Umsetzung haben, ist fraglich: Bereits kleine Änderungen des Rechnungszinses bedeuten Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Ohne Aderlass an anderer Stelle ist ein Entgegenkommen hier nicht zu erwarten.

Erschien zur Mitte des laufenden Jahres eine schnelle Reaktion zugunsten der Unternehmen noch realistisch, wird es immer unwahrscheinlicher, noch in diesem Jahr mit einer Entlastung rechnen zu können.

Paulgerd Kolvenbach ist Mitglied und Sprecher der Geschäftsführung der Longial GmbH.